



Raus auf die Straße!

In der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes werden nicht nur Wahlgeschenke und -versprechen an Stamm- und Info-Tischen oder in Talk-Shows ausgeteilt. Zehntausende Gewerkschafter, Antifaschisten, Friedensfreunde, Demokraten, AKW-Gegner (beiderlei Geschlechts) gehen im September für ihre Interessen auf die Straße, z. B.

■ **Gegen den Krieg in Afghanistan**
vom 1.-5. September in vielen Städten
www.friedensratschlag.de

■ **Gegen Neonazis**
am 5.9. in Dortmund
www.dortmundquergestellt.de

■ **Gegen Kernkraftwerke**
am 5.9. in Berlin
www.ausgestrahlt.de

■ **Für ein gutes Leben**
am 5.9. in Frankfurt
www.gutes-leben.de

■ **Für Freiheit statt Angst**
am 12.9. in Berlin
www.burgerrechte-waehlen.de

■ **Für Mindestlohn**
am 12.9. in vielen Städten
www.mindestlohn09.de

■ **„Wir zahlen nicht für eure Krise“**
am 17.9. dezentraler Aktionstag in vielen Städten
www.unsere-zeit.de

Auszüge aus den „Eckpunkten der DKP zur Bundestagswahl“ finden Sie auf den roten Ecken in diesem UZ-Extra. Bestelladresse siehe Seite 8.

Die Krise ist eine Katastrophe für die Armen, die Arbeitenden und die Arbeitslosen in der Welt. Auch in unserem Land. Kapitalismus ist nicht ohne Krisen denkbar: Sie gehören zu diesem System, in dem der „Profit“ regiert. Kapitalismus trägt auch den Krieg in sich wie die Wolke den Regen: Kriegspolitik dient seinen ökonomischen und politischen Interessen, nicht den Lebensinteressen der Menschheit. Darum setzen die Regierenden auch in unserem Land immer öfter politische Entscheidungen gegen den Mehrheiten in der Bevölkerung durch, bauen Demokratie ab und den Schnüffelstaat aus.

Wut und Widerstand wachsen gegen die etablierte Politik, die in der neoliberalen Großkoalition von CDU/CSU/SPD/FDP/Grüne-Bündnis 90 entwickelt wird. Um einen wirklichen Politikwechsel durchzusetzen, darf keine Stimme „abgegeben“ werden – sie muss genutzt werden zu laut hörbarem Protest. Egal, welche Regierungskonstellationen in Ländern und im Bund nach dem 27. September sein werden – ein Politikwechsel ist nicht zu erwarten.

Ein Politikwechsel erfordert zunächst:

- Raus aus Afghanistan. Die Bundeswehr muss den Grundgesetzauftrag erfüllen: Sofortiger Rückzug aller Soldaten aus dem Ausland.
- Stopp des Sozialabbaus. Die 810 000 Millionäre müssen durch höhere Steuern und Abgaben belastet werden. Die Krisenursacher enteignen, öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle in Großbanken und Großindustrie durchsetzen.
- Demokratieabbau stoppen. Die Schäuble-Gesetze müssen weg. Der „gläserne Bürger“ eröffnet reaktionären Entwicklungen Horror-Möglichkeiten.
- Die NPD und andere neofaschistische Parteien und Organisationen verbieten und auflösen. Faschismus hat nichts mit freier Meinungsäußerung zu tun – er steht für die größten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit!
- Energiegewinnung aus Atomkraftwerken ist nicht beherrschbar. Das zeigen die gefährlichen aktuellen Unfälle sowie der beispiellose, die Zukunft gefährdende Umgang mit der Lagerung der „Abfälle“.

Dieser Politikwechsel wird vor allem durch breite außerparlamentarische Bewegungen in gesellschaftlichen Allianzen durchgesetzt werden. Der Gegner – das sind vor allem die übermächtigen Vertreter von Bank- und Industriekapital, die alleine den Maximalprofit als Maßstab gesellschaftlicher Entwicklung gelten lassen. Sie ordnen dem Profit alles unter: die Menschen, die Natur, die allgemeinen Lebensbedingungen in der Welt sowie ethische und moralische Werte.

Ihre Vertreter in Regierungen und Parteien, in gesellschaftlichen Gremien bestimmen zum Vorteil dieser kleinen Minderheit das politische System. Die Lebensinteressen der Mehrheit müssen die Verhältnisse bestimmen!

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! Ein heißer Herbst 2009 kann ein Beitrag werden, um die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen! Es genügt nicht, den Stimmzettel zu nutzen. Notwendig sind gesellschaftlicher Protest, Widerstand und Alternativen jenseits des Kapitalismus! Sozialismus oder Barbarei – diese Losung Rosa Luxemburgs ist brandaktuell. *Heinz Stehr, Parteivorsitzender der DKP*

Impressum

UZ-EXTRA der sozialistischen Wochenzeitung UZ. ISSN 0943-4216. Herausgeber: DKP-Partei-vorstand. Redaktion UZ-Extra: Lothar Geisler, V.i.S.d.P.: Wolfgang Teuber, Chefredakteur. Hoffnungsstr. 18, 45127 Essen. www.unsere-zeit.de Druck: Rollenoffset-Druck Kiel. Fotos: Deymann, dpa. www.unsere-zeit.de

■ Zur Verteidigung demokratischer Grundrechte und humanistischer Überzeugungen gehört das Verbot aller faschistischer Parteien und Organisationen, vor allem der NPD. Das entspricht Artikel 139 des Grundgesetzes. Antifaschismus darf nicht länger diskriminiert, Antifaschisten dürfen nicht länger durch Polizei und Justiz verfolgt werden, wenn sie demokratische Grundrechte wahrnehmen.

■ Überführung der Großbanken und Großkonzerne in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle durch Belegschaften, Gewerkschaften, durch die Bevölkerung und demokratische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler!

■ Erweiterte Mitbestimmung der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften!

Raus aus

Zum Antikriegstag 2009

Mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 begann das faschistische Deutschland den Zweiten Weltkrieg. Zuvor hatten sich die Nazis die Unterstützung des deutschen Großkapitals gesichert, den

Terror gegen die Arbeiterbewegung und die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung organisiert, ein KZ-System errichtet, Regimegegner ermordet, die Wehrmacht hochgerüstet, sich an der



Nie wieder Krieg! Nie wieder Dortmund stellt sich quer!

Zum 5. Mal in Folge wollen Faschisten anlässlich des Antikriegstages durch Dortmund marschieren. Für den 5. September mobilisieren sie europaweit zu einem „nationalen Antikriegstag“ in die Ruhrgebietsmetropole. Mittlerweile hat sich der Aufmarsch zu einem der wichtigsten Events der so genannten „Autonomen Nationalisten“ bundesweit entwickelt...

Die Nazis sagen, Dortmund sei ihre Stadt. Wir sagen: Niemals!

Die Aufmärsche der Nazis zum Antikriegstag sind eine Provokation wie ihre Aufzüge am 1. Mai. Der Antikriegstag erinnert an den faschistischen Überfall der Nazis am 1. September 1939 auf Polen, der Beginn eines Raub- und Ver-

nichtungskrieges, der die Welt in Brand steckte und über 50 Millionen Tote hinterließ...

Die deutschen Neonazis stehen eindeutig in der Tradition der NSDAP. Sie bejubeln den beispiellosen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion mit 17 Millionen toten Zivilisten ebenso wie die barbarische Massenvernichtung der Juden. Sie leugnen die Verbrechen der Wehrmacht und der SS. „Unser Großvater war ein Held!“ stand auf einem ihrer Transparente.

Mit sozialer und antikapitalistischer Demagogie versuchen diese als „Friedensengel“ zu punkten und zielen in Zeiten von Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Existenzangst auf Menschen im Angesicht sozialen Abstiegs. Dagegen hilft Aufklärung über den Zusammenhang von Kapitalismus, Faschismus und Krieg. Kein

Fußbreit den Geschichtsfälschern!

Uns Antifaschisten mit unterschiedlicher politischer Herkunft, mit unterschiedlichen Ideen und Ansichten, jung und alt eint der Schwur von Buchenwald: „Die

Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Ihm fühlen wir uns politisch verpflichtet. Wir verurteilen und

Die Aktion 65

Die „Aktion 65 plus“ – war bereits im vorigen Jahr gegen die so genannte „Antikriegs-Demonstration“ der Neonazis in Dortmund aktiv. 700 Menschen haben sich beteiligt.

„Wir können es nicht mehr ertragen, dass sich dieselbe Provokation in diesem Jahr am 5. September wiederholen soll.“ heißt es in einem Aufrufe der „Antifa-Senioren“. Sie haben als Kinder und Jugendliche Krieg und Faschismus erlebt: die Bomben-

nächte, Tod und Zerstörung, ständige Angst, die Eltern von Verfolgung bedroht, die Nachbarn mit dem gelben Stern abgeholt.

„Wir fordern vom Polizeipräsidenten und den übergeordneten Gerichten das Verbot des Nazi-Aufmarsches am 5. September in Dortmund. Wir fordern alle politischen Gremien auf, die Verbotsforderung dieses und weiterer Nazi-Aufmärsche und das NPD-Verbot auf ihre Agenda zu setzen.“

Afghanistan – Jetzt!

Von Arno Neuber

militärischen Zerschlagung der Republik in Spanien beteiligt und Österreich annektiert. Die Befreiung von Faschismus und Krieg im Mai 1945 erlebten Millionen Menschen in Europa nicht mehr.

Nach 1945 schworen sich die Überlebenden „Nie wieder“ und die führenden deutschen Politiker gaben sich pazifistisch. Gleichzeitig aber betrieben sie schon in den 40er Jahren die Remilitarisierung Deutschlands, den Aufbau einer „neuen Wehrmacht“. Die Machthaber in den USA suchten Hilfstruppen im Kampf gegen den Kommunismus und fanden sie in deutschen Wehrmachtsgeneralen, erfahrenen Blitzkriegsstrategen und blutigen Kriegsverbrechern. Die Bundeswehr wurde NATO-Armee, der Widerstand gegen die Aufrüstungspolitik niedergeknüppelt.

Nach der Niederlage der Warschauer-Pakt-Staaten im Kalten

Krieg rüstete die Bundeswehr um. Künftig sollte sie Handelswege und den Nachschub von strategischen Rohstoffen sichern – unter der Flagge der NATO oder der EU, immer aber im „deutschen Interesse“.

60 Jahre nach dem Überfall auf Polen beteiligten sich deutsche Soldaten an der Bombardierung Jugoslawiens – völkerrechtswidrig und auf Geheiß einer Regierung aus SPD und Grünen, die sich danach noch Stolz zeigte, an der „Enttabuisierung des Militärischen“ in Deutschland“ entscheidenden Anteil zu haben.

Seit acht Jahren stehen deutsche Soldaten in Afghanistan. Einsatzgebiet, Truppenstärke und militärische Intensität des Einsatzes wurden Schritt für Schritt vergrößert und gesteigert – eine Mehrheit des Bundestages marschierte tapfer mit. Im vergangenen Jahr übernahm die Bundes-

wehr die Schnelle NATO-Eingreiftruppe in Afghanistan, in diesem Sommer trat sie zu heftigen Offensiven an. Die Einsatzregeln wurden geändert – angreifen statt zurückschießen! Es werden Tapferkeitsorden verteilt und ein Kriegerdenkmal errichtet. Die Militarisierung der Republik läuft auf Hochtouren. Dazu gehört auch eine Kriegspropaganda, die von Krieg nicht reden will. Laut „Verteidigungs“ministerium schützt die Bundeswehr in Afghanistan Demokratie und Aufbau. Beides eine Farce. Wehrminister Jung will die Truppen noch fünf bis zehn Jahre in Afghanistan kämpfen lassen. Aus CDU/CSU, SPD und FDP werden mehr Waffen gefordert: Eurofighter, Kampfpanzer und Artillerie nach Afghanistan. Das wird kosten: Steuergelder hier und Menschenleben dort. Höchste Zeit den Militaristen das Handwerk zu legen. Bundeswehr raus aus Afghanistan – jetzt!

++ news ++

Kriegsgeschäfte

Unmittelbar vor der Sommerpause verteilte der Verteidigungsausschuss des Bundestages noch fette Geschenke an die Rüstungsindustrie. Zwölf Rüstungsprojekte für mehr als sieben Milliarden Euro wurden beschlossen. Da freuten sich die Panzerbauer Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall, die der kämpfenden Truppe 405 Schützenpanzer Puma für 3,1 Mrd. Euro liefern wollen.

Bundeswehr missbraucht Entwicklungshilfe

Der Generalsekretär der Welthungerhilfe, Wolfgang Jamann, hat die „Vermischung von zivil-humanitärem und militärischem Mandat“ in Afghanistan als das „größte Problem“ bezeichnet. Entwicklungshilfe würde „als Instrument für militärische Interessen missbraucht“. Das erschwert die Arbeit der Hilfsorganisationen und gefährdet das Leben ihrer Mitarbeiter.

Faschismus!

bekämpfen die aggressive Kriegspolitik Deutschlands, der USA und der NATO ebenso wie die rassistischen, islamfeindlichen und antisemitischen Aktionen der Neonazis und den staatlichen Rassismus. Wir rufen alle Kriegsgegner und Antifaschisten auf, sich am 5. September an der Demonstration des Bündnisses „Dortmund

stellt sich quer!“ zu beteiligen.

Der Antikriegstag gehört uns! Wenn Nazis marschieren, ist Widerstand Pflicht!

Erstunterzeichner:

- Sevim Dagdelen, Bundestagsabgeordnete Partei DIE LINKE
- Professor Dr. Heinrich Fink, Bundesvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)
- Hendrikk Guzzoni, Stadtrat der Linken Liste in Freiburg; Mitglied des DKP-Parteivorstands
- Ulla Jelpke, Bundestagsabgeordnete Partei DIE LINKE
- Felix Oekentorp, Sprecher Ostermarsch Rhein Ruhr und Sprecher des DFG-VK Landesverband NRW
- Prof. Wolfgang Richter (DKP), Ratsmitglied der Stadt Dortmund für das Linke Bündnis Dortmund



plus

Aufstehen und wi(e)dersetzen!

Sollte der Nazi-Aufmarsch doch genehmigt werden, werden wir uns widersetzen: mit dem Gewicht unserer Lebensjahre und mit dem Gewicht unserer Erfahrungen mit den Gräueln der Nazi-Zeit, konsequent und friedlich, hartnäckig und gewaltfrei. Jüngere, die in diesem Sinne mit uns handeln wollen, sind herzlich willkommen.“

■ Schluss mit der grundgesetzwidrigen Politik des weltweiten Einsatzes

der Bundeswehr zur Sicherung der ökonomischen und politischen Interessen des Großkapitals. Sofortiger Rückzug der Bundeswehr aus allen internationalen Konfliktgebieten. Schluss mit den Militäreinsätzen, das heißt auch der Blauhelmeinsätze der Bundeswehr im Ausland! Auflösung der Bundespolizeieinheiten, die für Auslandseinsätze vorgesehen sind!

■ Raus aus der Nato! Keine neuen Produktionsprogramme für Waffensysteme der Bundeswehr.

Die Rüstungskosten müssen sofort um mindestens zehn Prozent gekürzt werden!

■ Sofortiger Abzug der US-Atomwaffen auf deutschem Boden! Das Verbot und Vernichtung aller Massenvernichtungswaffen bleibt

Chancen für die junge Generation

■ Bildung und Ausbildung sind Menschenrechte! Junge Leute müssen selbstbestimmt die eigene Zukunft planen und entwickeln können.

Den gesetzlichen Bestimmungen, einschließlich denen des Grundgesetzes muss endlich Rechnung getragen werden!

Wir fordern die Garantie kostenloser Bildung und Ausbildung für alle jungen Menschen! Dazu sind gesetzliche Maßnahmen nötig, die sichern, dass alle die bestmögliche Schulform besuchen bzw. einen

Ausbildungsplatz im gewünschten Beruf erhalten können. Förderung von Horten und Kindergärten, die generell kostenfrei für Eltern sein müssen!

450 000 Fragebögen kamen ausgefüllt zurück. Damit dürfte die IG Metall die größte jemals durchgeführte Befragung unter Beschäftigten durchgeführt haben.

Zu den Highlights der Befra-

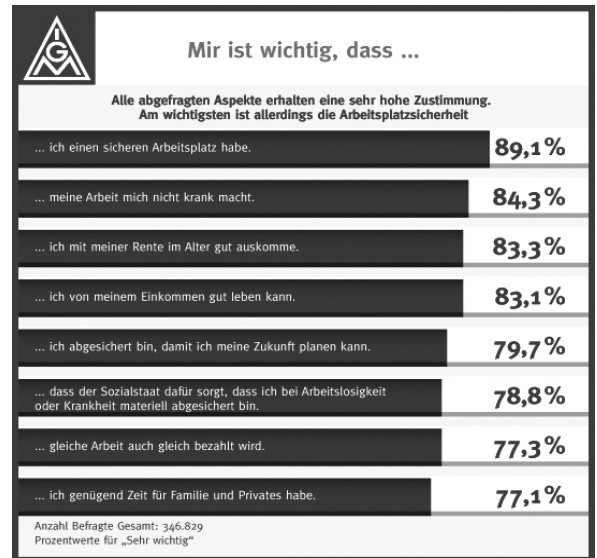
Was die arbeitende Mehrheit will

Ergebnisse IG-Metall-Aktion

gung siehe die beiden Schaubilder. **(In-)Konsequenzen der IG Metall**

Die IG Metall sieht sich durch die Befragung legitimiert, deutlich Forderungen an die amtierende und an die zukünftige Bundesregierung zu stellen, u. a.:

- Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für Ältere auf bis zu 36 Monate verlängern
- Einrichtung eines bundesweiten Beteiligungsfonds (public equity) zur Übernahme von Beteiligungen an Unternehmen der Realwirtschaft durch die öffentliche Hand



Her mit dem ganzen Leben!

Georg Fülberth über Sozialismus und Zukunft (Auszug)

Eine Wirtschaftskrise mag für viele einzelne Kapitalisten eine Katastrophe sein. Für das Kapital als solches, für den Kapitalismus ist sie das Beste, was ihm passieren kann. Dann kann nämlich aufgeräumt werden.

Einerseits.

Andererseits aber: „Die materiellen Bedingungen“ einer anderen Gesellschaft, von denen Marx sprach, sind heute schon da, egal, ob Krise oder nicht. Sie müssen aufgespürt und entwickelt werden.

Was geschieht, wenn sie nicht

genutzt werden? Dann verkehren sie sich in ihr Gegenteil. Wenn die Menschen mit der Gesellschaft, in der sie leben, unzufrieden sind, aber sich keine bessere Gesellschaft vorstellen können, dann wird es gefährlich. Im Extremfall können davon dann sogar die Nazis profitieren, wie in der Weltwirtschaftskrise von 1929-1933.

Wir stehen in folgendem Dilemma: Verzicht auf das Nachdenken über eine bessere Gesellschaft führt in die Reaktion. Utopie allein verliert den Boden unter

den Füßen. Es sind Zwischenschritte nötig. Welche? Ich nehme an: mindestens fünf.

Erstens müssen die großen technischen Möglichkeiten, die der Kapitalismus geschaffen hat, allen in gleichem Maße zugänglich gemacht werden.

Zweitens müssen die großen Schäden, die der Kapitalismus in seiner bisherigen Entwicklung angerichtet hat, zurückgeschnitten werden, bevor sie irreparabel sind und jede zukünftige Entwicklung verhindern. Er hat eine Men-

ge totes und zugleich gefährliches Material und schreckliche Umweltbedingungen angehäuft. Dies alles liegt uns im Weg: von der Rüstung bis zu der Belastung von Boden und Atmosphäre. Das muss beseitigt werden, und dieser Rückbau ist absehbar nach den Spielregeln des ungehemmten Marktes nicht zu schaffen.

Drittens: Subjekt einer künftigen Gesellschaft sind die Menschen selbst. Ihre Fähigkeiten sind den künftigen Möglichkeiten und Gefahren noch gar nicht angemessen,

- Wirksame Regulierung der Finanzmärkte
- Begrenzung von Leiharbeit
Die Befragung hätte allerdings auch gute Argumente für weitergehende Forderungen geliefert wie:
- Arbeitszeitverkürzung durch Reduzierung der Wochen- und der Lebensarbeitszeit
- Demokratische Kontrolle, Vergesellschaftung von Banken und Konzernen, Mitbestimmung
- Verbot von Leiharbeit, Mindestlohn.

Die aktuelle Krise gibt Gewerkschaftern das lebendige Beispiel als Argument in die Hand, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen zu befriedigen. Die Befragung zeigt, dass die Unterstützung für konsequentere Forderungen etwa nach Mitbestimmung und demokratischer Kontrolle, in den Belegschaften vorhanden wäre.

Bundestagswahl als Ende der Kampagne?

Die Forderungen, die die IG Metall jetzt erhebt – und auch einige weitere – dürfen nicht auf einen Appell anlässlich der Bundestagswahl reduziert werden. Sie müssen bei den Aktionen am 5. September lautstark öffentlich gemacht werden. Und die Aktionen gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung dürfen nicht am 5. September beendet werden.

Reinhard Mayer

Kanonenfutter gesucht

Die Bundeswehr wirbt immer massiver um Nachwuchs für die Truppe. Mit dem „Karriere-Truck“, mit Beach-Volleyball-Turnieren, mit dem „Girls-Day“ und über die Arbeitsagenturen soll Jugendlichen die Armee schmackhaft zu machen.

Die Bundeswehr verspricht zynisch „sichere Arbeitsplätze“ und will dabei von steigender Arbeitslosigkeit, Firmenpleiten, Massenentlassungen, Hart-IV und fehlenden Ausbildungsplätzen profitieren. Nicht aus Barmherzigkeit oder sozialer Verantwortung – die Bundeswehr leidet unter Personalmangel.

Das Ansehen der Bundeswehr ist aber nicht nur unter Jugendlichen gesunken, sondern auch bei denjenigen, die sich bereits verpflichtet haben. Nach einer Umfrage des Deutschen Bundeswehrverbandes vom Februar 2007 würden über 70% der heutigen Berufssoldaten Verwandten und Freunden davon abraten, sich bei der Bundeswehr zu verpflichten. Besonders negativ ist der Umfrage zufolge das Stimmungsbild bei Soldaten, die an Auslandseinsätzen teilnehmen.

Sie haben selbst erfahren, dass „Soldat“ kein Job ist. Soldat sein in der Bundeswehr heißt töten ler-



nen, auf Befehl töten müssen und unter Umständen selber getötet werden.

Wenn die Bundeswehr also wieder mit Kletterwand, bunten Bildern und Videoshow auf dem Marktplatz trommelt, dann gibt es nur ein: Bundeswehr raus! Aus unserer Stadt und aus Afghanistan!

Gabriel Gillen, Walter van Rossum

Schwarzbuch Deutschland

Das Handbuch der vermissten Informationen

Rowohlt, Januar 2009, 650 S., 24,90 €

Die Themen

Alte Menschen; Altersvorsorge; Armut und Reichtum; Ausländer- und Asylpolitik; Außenpolitik; Bahnprivatisierung; Behinderte; Bevölkerungsentwicklung; Bildung I – Schulen; Bildung II – Hochschulen; Bundeswehr und Verteidigung; Datenschutz; Deutschland AG; Energie; Europa: Lobbyisten – Lissabon-Strategie – Verfassung; Finanzmärkte; Föderalismus; Geschlechtergleichheit; Gesundheitswesen; Gewerkschaften; Grundeinkommen; Grundrechte und innere Sicherheit; Kinder und Familie; Korruption und Berater; Kulturpolitik; Lobbyismus; Lohnnebenkosten; Medien; Mindestlöhne; Neue Bundesländer; Niedriglöhne; Rechtsstaat; Rüstungspolitik; Sozialstaat; Steuer und Finanzpolitik; Vermögensverteilung – wer hat was?; Wirtschaft.

Erhältlich auch beim Neue Impulse Versand, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, Tel.: 0201-2486482; Fax: 0201-2486484; E-Mail: info@neueimpulse-verlag.de

Die Rechte der Frauen stärken

sondern müssen erst entwickelt werden. Manche sagen, dies müsse durch „Bildung“ geschehen. Aber was für eine Bildung ist da gemeint? ...

Viertens: In einigen Bereichen sind die technischen Errungenschaften den sozialen Möglichkeiten weit vorangeeilt. Diese Lücke muss geschlossen werden. Ein Beispiel hierfür: unsere Lebenserwartung in den am höchsten entwickelten kapitalistischen Ländern ist enorm gestiegen – dank der wissenschaftlich-technischen und medizinischen Erfolge, die bislang wohl wirklich nur im Kapitalismus erzielbar waren. Zugleich aber entwickelt das Alter sich für viele Menschen zu einem Panorama des Elends. Auch ihr Alter könnte reich ausgestaltet,

unvermeidliche Leiden könnten gelindert, vermeidbare geheilt werden. Dazu sind ungeheure Investitionen nötig. Die Gesellschaft hat die Mittel dazu. Sie muss sich entscheiden, ob sie sie durch Umverteilung bereitstellen will...

Fünftens: Ich habe heute hier vom Doppelgesicht des Kapitalismus sprechen müssen. Er bedeutet Unterdrückung, und er hat Befreiungspotentiale bereitgestellt. Das jahrtausendealte Patriarchat, die Herrschaft der Männer über die Frauen, hat er für seine Zwecke genutzt. Inzwischen ist er in den am höchsten entwickelten Ländern an einem Punkt angekommen, an dem er sich nach

Möglichkeiten umsieht, sein Befreiungspotential dosiert auf das Geschlechterverhältnis anzuwenden: so viel Frauenemanzipation

Fortsetzung Seite 6-7

■ Förderung des Zugangs der Frauen zur Erwerbsarbeit durch Beschäftigungsprogramme für Frauen

■ Gesetzliches Verbot geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse!

■ Um Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt zu gewährleisten sind sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungsverhältnisse, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, die Durchsetzung eines existenzsichernden Mindestlohnes und die drastische Verkürzung der Arbeitszeit notwendig...

■ Gesellschaftliche und auch tarifliche Aufwertung sogenannter frauentypischer Berufe!

■ Besondere Förderungen und Unterstützung für alleinerziehende Frauen!

Demokratische Grundrechte verteidigen!

■ Gleiche soziale, politische und kulturelle Rechte für alle hier lebenden Menschen! Dazu gehört auch das allgemeine und gleiche Wahlrecht.

■ Das Grundgesetz ist wieder herzustellen. Auf dieser Grundlage sind alle Vorhaben zu stoppen, die darauf abzielen, die Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland weiter reaktionär zu verändern. Das heißt unter anderem: die Antiterrorgesetzgebung aufzuheben.

■ Stopp des Ausbaus des Überwachungsstaates! Stopp der Aufnahme biometrischer Daten in Pässe und Ausweise, der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte und anderer Datenspeichersysteme!

Die Laufzeitverlängerung alter AKWs mit den Worten: „Es gibt in der jetzigen Phase keine ökologischere und sozial verträglichere Energieform als die Kernenergie.“ Die CSU streite nicht um Atomkraftwerke per se, sondern für Klimaschutz und bezahlbare Strompreise. Dafür benötige man die Kernenergie als Übergangstechnologie. Dagegen sprechen:

1) Die extrem hohen gesellschaftlichen Gesamtkosten der Kernenergie

Bereits die Forschungsaufwendungen für Kernenergie wurden und werden größtenteils staatlich

Die Atomlobbyisten versuchen, die Atomenergie als unentbehrlich zur Rettung des Klimas und zur Eindämmung des Treibhausgas-Ausstoßes zu erklären. So preist Bayerns „Umweltminister“ Markus Söder

AKW ?

getragen: in den OECD-Ländern mit vier Mrd. Dollar jährlich. Das ist mehr als das Doppelte der Forschungsaufwendungen für alle übrigen Energieträger zusammen.

2) Das Unfallrisiko.

In Kernkraftwerken kann aus einem kleineren Fehler oder Problem schnell eine Katastrophe werden. Der Super – GAU eines Kernkraftwerkes würde das Land in weiten Teilen unwiederbringlich verseuchen.

Man hüte sich vor der Illusion, ein Super – GAU wie in Tschernobyl wäre hier nicht möglich. Es gibt weltweit keine einzige Ver-

sicherungsgesellschaft, die bereit wäre, für irgendein AKW die volle Schadenshaftpflicht zu übernehmen, d.h. das Risiko wird auf die Allgemeinheit abgewälzt.

3) Die ungelöste Endlagerung

Es gibt weltweit kein Land mit einem Endlager für Atommüll. Die Entsorgung radioaktiver Abfälle hat sich als ein nicht wirklich lösbares Problem erwiesen. Experten streiten sich, ob radioaktive Abfälle 500.000 oder 40 Millionen Jahre gekühlt und bewacht werden müssen. Ein aberwitziger

Die Parteien und das Grundgesetz

Die Parteien haben sich – bis auf eine Ausnahme – gegen ihre Wähler zusammengeschlossen, und sie entscheiden über die Wahrnehmung der Realitäten.... Die Verfassung ist von ihrem Geist befreit und wird vom politischen Willen der parlamentarischen Mehrheit den gerade passenden Bedürfnissen angepasst. Von Asylrecht, Religionsfreiheit, Bürgerrechten, Föderalismus bis zu Angriffskriegen – die praktische Aushöhlung des Grundgesetzes geht sehr viel weiter als die theoretischen Forderungen der sogenannten linken ‚Verfassungsfeinde‘ vergangener Jahrzehnte. Kaum ein Politiker, der im Grundgesetz nicht einen Bremsklotz für die großen neoliberalen ‚Reformen‘ sieht. Die Auflösung des verlässlich Grundsätzlichen führt dazu, dass die parlamentarische Mehrheit von Fall zu Fall entscheidet, was der Fall ist. Und wer da nicht mitmacht, wird rasch zum Extremisten.“

Gabriele Gillen/Walter van Rossum in „Schwarzbuch Deutschland“

Das Grundrecht

Was jeder für den Datenschutz tun kann? Natürlich demonstrieren gegen die Datensammelwut („Vorratsdatenspeicherung“) von Konzernen und Big Brother Staat. Und keine Politiker wählen, die aus jedem sozialen Problem ein Problem der „inneren Sicherheit“ machen und mit „Law-and-order“-Parolen auf Stimmenfang gehen. Und darüber hinaus? Thilo Weichert, Datenschützer in Kiel, sieht Handlungsbedarf im Alltag.

„Wir haben etwas zu verbergen: unsere Privatsphäre“, schreibt er im „Schwarzbuch Deutschland“. „Unsere Privatsphäre wird von unserer Verfassung geschützt. Das Grundgesetz geht nicht vom Gutmenschen aus.“ Wer gegen Gesetze verstoße, der könne nach geregelten Verfahren bestraft werden. Dies dürfe aber nicht dazu führen, „dass die gesamte Bevölkerung unter Generalverdacht gestellt wird, dass die Daten

Der Mensch und seine Natur

„Der Mensch“? **Lucien Sève** | Ist das Menschenbild in der Krise? **Helga E. Hörz** | Die Natur und ihr Begriff **Renate Wahsner** | Welt- und Menschen-Bilder – Über die Formen ideologischer Herrschaftsreproduktion **Werner Seppmann** | Über den Transhumanismus zur „posthumanen Gesellschaft“? **Nina Hager** | Biopsychosoziale Einheit Mensch – Kognitive Hirnforschung und deren Impulse für das marxistische Menschenbild **Hans-Peter Brenner** | Ein dritter Weg? – Gegen den Dogmatismus **Reinhold Weismann-Kieser** Aristoteles und der intelligente Designer **Robert Steigerwald**



Einzelheft: 112 S., 8,50 €
Jahresabo: 45,00 €
Ermäßiggt: 30,00 €

Bestellung: Neue Impulse Verlag • Hoffnungstr. 18 • 45127 Essen
Tel.: 0201-24 86 48 2 • Fax: 0201-24 86 48 4 • E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de
www.marxistische-blaetter.de

Fortsetzung von Seite 4-5:

– gern auch in Leitungsfunktionen – wie möglich, so viel Frauenunterdrückung wie nötig. Die Gesellschaft der Freien wird ihm das Handwerk legen müssen durch die tatsächliche Beseitigung des Patriarchats und indem sie mit einigen besonderen Unterdrückungsformen von Frauen und auch Männern Schluss macht. Die Festschreibung der Sexualität auf die Fortpflan-

Immer noch: NEE!

Streit. Nehmen wir „nur“ 10 Millionen Jahre und die entsprechenden Polizisten und Techniker zu ihrem heutigen Sold, und die angeblich kostengünstige Energie verkehrt sich zu einem unverantwortlichen, nicht nur finanziellen Abenteuer zu Lasten unvorstellbar vieler kommender Generationen.

4) Die Verknüpfung mit der Atombombe

Der Zusammenhang Atomstrom- Atombombe liegt auf der Hand. Diese Verknüpfung ist in vielen Staaten mehr oder weniger offen zugegeben der eigentliche Grund für die Befürwortung der Kernenergie.

5) Die Gesundheitsbeeinträchtigung

Neuere Langzeitstudien weisen wieder einmal eine erhöhte Krebsrate in der Nähe von AKWs nach, ganz zu schweigen von den Gesundheits- (und Umwelt-)

Schäden beim Uranabbau, z.B. für die dort Arbeitenden und für indigene Völker.

6) Die Reservenreichweite.

Die OECD-Kernenergiebehörde und die Internationale Atomenergiebehörde schätzen gemeinsam die Reichweite der Uran-Vorkommen bei heutiger Technik auf unter 70 Jahre (beim heutigem Jahresverbrauch in Höhe von 70.000 Tonnen Uran).

7) Großtechnologie für Großkonzerne

Eine dezentralisierte, verbraucherernahe, kommunale, demokratisch bestimmte Energieversorgungsstruktur – was unabdingbar ist für eine Klimasanierung – ist mit einer auf AKWs fixierten Monopolstruktur nicht machbar.

Mehr gute Gründe gegen Kernenergie: www.isw-muenchen.de, www.100-gute-gruende.de, www.ausgestrahlt.de

Stoppt den Überwachungs-wahn!



www.Bürgerrechte-wählen.de

in Ruhe gelassen zu werden

aller Bürgerinnen und Bürger auf Vorrat gespeichert werden. Jeder Mensch hat grundsätzlich das Recht, vom Staat wie von der Wirtschaft in Ruhe gelassen zu werden. Nur ausnahmsweise darf in Grund- und Freiheitsrechte eingegriffen werden. Dass dieses Prinzip auch verwirklicht wird, dafür haben wir den Datenschutz.“ Jeder Mensch könne dazu seinen eigenen Beitrag leisten, „indem er versucht, keine digitalen

Spuren zu hinterlassen, indem er seine Betroffenenrechte auf Auskunft, Widerspruch, Berichtigung und Datenlöschung in Anspruch nimmt, und indem er darauf achtet, dass nur solche informationstechnischen Produkte zum Einsatz kommen, die auf ihre Datenschutzfreundlichkeit überprüft wurden.“ Durch technische Instrumente ... habe es jede und jeder „zumindest teilweise selbst in der Hand, wie sicher mit den

eigenen Daten umgegangen wird“. Durch den Einsatz politischer Instrumente – die Meinungsäußerungs- und Demonstrationsfreiheit; das Recht sich zu organisieren, und letztlich das Wahlrecht – habe jede und jeder die Möglichkeit, „dafür zu sorgen, dass die Entscheidungsträger das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung beachten.“

Gegen die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen!

Die Klimakatastrophe ist nicht einfach "vom Menschen gemacht"; dahinter steckt das Prinzip der nur auf kurzfristige Profitmaximierung orientierten kapitalistischen Produktionsweise.

■ Der globale Ausstoß von CO₂ und anderer Spurengase ist mindestens nach den Empfehlungen der UN zu reduzieren. Dazu ist das fossile Energieregime schnellstmöglich abzubauen, auf keinen Fall darf in der Bundesrepublik in neue Kohle-Großkraftwerke investiert werden. Die Atomenergienutzung ist zu beenden.

Georg Fülberth über Sozialismus und Zukunft

zung und die Dogmatisierung der Heterosexualität sind bereits jetzt schon gelockert, wenngleich nicht endgültig überwunden. Teilweise sind sie abgelöst durch Vermarktung von Sexualität, in der alte Formen der Frauenunterdrückung weiterleben und neue entstanden sind. Ihre Bekämpfung ist nicht einfacher geworden, gerade weil hier der Markt an die Stelle der altmodi-

scheren Sorten des Patriarchats getreten ist...

Auszug aus einer Rede zum 100. Geburtstag des Clara-Zetkin-Heimes in Stuttgart. Dokumentiert in: Marxistische Blätter 5-09. www.marxistische-blaetter.de

Originalton DKP Sie haben die Wahl

- kostenloses 10-Wochen-Probe-Abo der Wochenzeitung „Unsere Zeit“
- Eckpunkte der DKP zur Bundestagswahl 2009
- Parteiprogramm der DKP
- Ich möchte Kontakt

Name

Vorname

Straße

Ort

PLZ

Tel.



Ausschneiden und einsenden an:
DKP-Parteivorstand,
Hoffnungstr. 18,
45127 Essen

Die Deutsche Bank meldet für das erste Quartal 2009 Milliarden-gewinn und hält an ihrem Eigenkapital-Renditeziel von 25 Prozent fest. Goldman Sachs legt eines der besten Quartals-

gebnisse der Geschichte vor: 3,5 Milliarden Dollar Gewinn plus 6,65 Mrd. Dollar Rückstellungen für Bonuszahlungen. Die Finanzkonzerne und Investmentbanken zocken wie eh und je. Das Kasino ist längst wieder geöffnet und hat Hochbetrieb: es wird spekuliert und gewettet mit Aktien, Devisen, Rohstoffen, Hypothekenverbriefungen, Kreditversicherungen, Staatsanleihen... A propos Staatsanleihen: Wegen Bankenrettungs-schirmen und Konjunkturpro-grammen müssen die Regierun-



Es brummt wieder im Finanzkasino

gen Anleihen in Billionenhöhe auflegen. Die Banken verdienen prächtig daran: an den Emissionen, am Handel und an eigener Geldanlage – finanziert aus Zen-

tralbankgeld zu Billigstzinsen – in die festverzinslichen Staatspa-piere zu höchster Bonität. Der Ge-rettete bittet den Notarzt zur Kasse.

Nach dem Wahltag: Zahltag!

Die Frage ist: Wer zahlt für wen? • Von Fred Schmid

Die Krise ist bislang noch nicht bei allen Menschen angekommen. Die Krisenfolgen werden erst nach der Bundestagswahl in voller Wucht spürbar. Davor verteilte die Große Koalition noch schnell ihre Wahlgeschenke

Die Große Koalition ergriff Maßnahmen, die bis zur Bundestagswahl die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt eindämmen

Im Hinblick auf Steuererhöhungen und Abbau von Sozialleistungen beschwichtigte die Große Koalition und gab „Garantien“ ab: So die Garantie, dass die Renten nicht gekürzt und die

Mehrwertsteuer nicht erhöht würde. Nach den Wahlen werden die regierungsamtlichen Sprech- und Versprechungsblasen platzen. Nach den Wahlen heißt es zahlen.

Nach einem „Kassensturz“ werden die Krisenfolgen an die arbeitende Bevölkerung, an die Arbeitslosen und Rentner weitergereicht. Was auf uns zukommt?

- Arbeitslosigkeit in neuen Dimensionen
- Mehr Kosten für Hartz IV
- Fiasko der öffentlichen Finanzen
- Hunderte Milliarden Euro Steuerausfälle
- Explodierende Staatsverschuldung

Nach den Wahlen – zahlen!

Die Rechnung wird dem Wähler nach dem Wahlsonntag präsentiert. Man muss kein Prophet sein, um zu wissen, dass bei diesem Schuldenberg nur zwei Möglichkeiten bleiben: Entweder werden die Staats-

ausgaben drastisch gekürzt oder aber die Steuern ebenso drastisch angehoben. Die künftige Bundesregierung wird von beiden Möglichkeiten Gebrauch machen und dabei die unsozialste Variante wählen:

Also keine Kürzung bei den Rüstungsausgaben sondern bei den Sozialleistungen.

Keine Steuern von den Reichen sondern von Otto Normalverbraucher.

„Wir zahlen nicht für eure Krise!“

Nach der Wahl und mit Aufstellung des Regierungsprogramms sind die eigentlichen Verteilungsdebatten und hoffentlich Verteilungskämpfe (!) zu erwarten. Es geht um die Frage, wer für die Krise bezahlen soll. Wird das Geld bei den Reichen und Geldve-

mögensbesitzern, bei den Banken und deren Aktionäre, bei den Hasardeuren und Spekulanten geholt, die an der ganzen Zockerei hervorragend verdient und den ganzen Schlamassel verursacht und den anderen

Menschen die Suppe eingebracht haben. Oder sollen die Ärmeren, die Beschäftigten, die von Börsenboom und Raserei auf den Finanzmärkten nichts hatten und deren Jobs nun bedroht sind, nun auch noch die Suppe auslöffeln.

Finanzminister Steinbrück: „Dieselben Banken, die gestern noch Millimeter vor dem Abgrund standen, werden heute als Krisengewinner bezeichnet – und benehmen sich auch so“. Recht hat er. Doch die Politik hat gehörig Mitschuld an diesem Skandal. Mehr: www.isw-muenchen.de